

15.11.2012
Seite 1 von 3

Schwimmt Berlin im Geld? Zur Haushaltslage Berlins

Berlin steht vor einer neuen Phase der Haushaltskonsolidierung, in der es wieder Gestaltungsspielräume gibt.

Der Senat hat lange versucht, die neuen Möglichkeiten des Landeshaushalts zu leugnen. In den Planungsunterlagen wurden sichere Einnahmen unterschlagen und kommende Ausgaben bewusst zu hoch angesetzt. Seit das Flughafendesaster aus der Portokasse bezahlt werden konnte, ist offensichtlich geworden, dass kaum eine Eckzahl stimmt, die der Finanzsenator in der letzten Zeit kommuniziert hat.

Der Haushaltsabschluss 2012 stellt sich aus heutiger Sicht um rund 900 Millionen Euro besser dar als zur Jahresmitte im Plan eingetragen. Dabei war schon bei Haushaltsaufstellung klar, dass SPD und CDU erwartbare Einnahmen und Minderausgaben von knapp 500 Millionen Euro unterschlagen haben. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat das in den Beratungen von Anfang an kritisiert.

Haushaltsausgleich 2013

Diese halbe Milliarde wirkt in den nächsten Jahren fort. Für das Jahr 2013 erwarten wir deshalb einen ausgeglichenen Haushalt, falls nichts Unvorhergesehenes passiert. Ohne den Bankenskandal und das Flughafendesaster wäre der Haushalt bereits 2012 im Plus.

Anders als oft behauptet, sind die Hauptursache für diese Entwicklung nicht konjunkturbedingte Steuermehreinnahmen. Es ist eher so, dass die hohe Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft dazu geführt hat, dass die Steuereinnahmen nach der Weltwirtschaftskrise 2009 unerwartet rasch auf den langfristigen Pfad zurückgefunden haben.

Hinzu kommt die anhaltend günstige Zinsentwicklung. Sie wird sich auch im nächsten Jahr deutlich bemerkbar machen. Wir erwarten Zinsausgaben von mindestens 200 Millionen Euro unter Plan.

Den Durchbruch haben am Ende die Maßnahmen zur kommunalen Entlastung gebracht, die dem Bund von den Ländern und Kommunen abgetrotzt wurden. Der Bund übernimmt

15.11.2012
Seite 2 von 3

schrittweise die Kosten der Grundsicherung zu 100 Prozent. Außerdem wurde der Anteil des Bundes an den Kosten der Unterkunft von 23% auf 38,5% erhöht. Insgesamt stiegen die „Sonstigen Einnahmen“ in den letzten beiden Jahren um 700 Millionen Euro.

400 Millionen Euro Spielraum pro Jahr

Die krampfhaften Versuche auch weiterhin eine Ausgabenlinie von 0,3% zu konstruieren wirken auf diesem Hintergrund nur noch lächerlich. Tatsächlich ist ein Verteilungsspielraum etwa in Höhe der diesjährigen Kapitalzuführung an den Flughafen entstanden, der uns jenseits des konjunkturellen Auf und Ab strukturell erhalten bleibt, und einen Ausgabenpfad von bis zu 1,8% Zuwachs pro Jahr erlaubt.

Darin enthalten sind die Wirkungen aus dem Sanierungsprogramm, zu dem sich der Senat gegenüber Bund und Ländern verpflichtet hat. Ab 2014 sollen bis zum Ende der Legislatur knapp 500 Millionen Euro gespart werden: 150 Mio. € durch Personalabbau, 147 Mio. € durch das Ende der Anschlussförderung, 140 Mio. € durch die Schließung der Fonds der BIH, 30 Mio. € durch eine effizientere Gebäudebewirtschaftung und 28 Mio. € durch Absenkung des Investitionsplafonds.

Normalisierung der Haushaltspolitik

Was geht wieder in den nächsten Jahren? Darauf ist die Koalition bisher die Antwort schuldig. Die Finanzlage wird immer noch systematisch vernebelt. Die jüngst beschlossene Finanzplanung des Senats ist ohne Aussagekraft. Politische Entscheidungen sucht man vergebens. Eine Investitionsplanung liegt trotz Rechtspflicht nicht vor.

Rot-Schwarz muss sich endlich ehrlich machen. Anliegen, die dem Senat nicht genehm sind mit Verweis auf die Haushaltsnotlage abzubügeln und Anliegen, die genehm sind hintenherum in der Haushaltswirtschaft aus „gebunkertem“ Geld zu befriedigen: diese demokratiefeindliche Methode ist mit dem Haushalt 2012 an ihr Ende gekommen.

Ein Stück Normalisierung der Haushaltslage zieht eine Normalisierung der Haushaltsdebatte nach sich. Alle Fraktionen werden in Zukunft ihre politischen Prioritäten offen legen und

15.11.2012
Seite 3 von 3

begründen müssen – wie in anderen Landesparlamenten oder im Bundestag auch. Das nennt man Transparenz und demokratischen Wettbewerb.

Wo müssen wir bestehende Strukturen besser ausstatten? Welche neuen Bedürfnisse hat die Stadt? Wie viel soll zur Schuldentilgung übrig bleiben? Welche Reformen sind auch weiterhin sinnvoll? Auf diese Fragen müssen alle Fraktionen und zuallererst der Senat eine Antwort geben.

Veränderungsbereitschaft bleibt nötig

Der neue haushaltspolitische Spielraum darf nicht unterschiedslos in den bestehenden Strukturen versickern. Die Gießkanne ist beim Geldausgeben genauso fehl am Platz wie der Rasenmäher beim Sparen.

Berlin wächst und verändert sich. Diese Veränderung bringt neue Bedürfnisse hervor und macht alte Gewohnheiten obsolet. Und auf diese Veränderungen muss die Haushaltspolitik reagieren.

Wenn wir trotz der Haushaltsnotlage die ökologische Herausforderung bestehen, der sozialen Spaltung entgegentreten und die wirtschaftliche Schwäche Berlins überwinden wollen, müssen wir beim Einsatz der Mittel effizienter sein als reichere Bundesländer.

Eine aktive Haushaltspolitik ist und bleibt in Berlin der Schlüssel, weil die politisch einsetzbaren Mittel wegen der weiterhin drückenden Altlasten knapper sind und bleiben als anderswo. Berlin schwimmt halt (noch) nicht im Geld.